

Wutbürger, Sonnifanten und die Energiewende

Die Bürgerinitiative Pro Erdkabel warnt schon vor einem Wahle/Mecklar 21. Für die große Energiewende, die sich auch die CDU/FDP-Bundesregierung nach Fukushima und Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben hat, muss vielleicht Stuttgart-21-Moderator Heiner Geißler noch einmal ran. Skepsis und Misstrauen gegenüber den lauterer Absichten der Regierung ist jedenfalls in Göttingen massiv.

Von Gerald Kräft



Göttingen

„Auch mit Fragen kann man lügen“, stellt ein Besucher der „Bürgerwerkstatt“ in den Raum. Die Thesen seien manipulativ und überholt, ein anderer. Mit Bürgerwerkstätten und -konferenzen in mehr als 20 Städten möchte das Bundesministerium für Bildung und Forschung jetzt in einen „Bürgerdialog“ einsteigen. Rund 70 sind zur Werkstatt in die regionale Energieagentur gekommen. Begrüßt werden sie von Ministerin Annette Schavan (CDU), allerdings nur in einem kurzen Einstiegsvideo, in dem sie Bürger auffordert, sich über den Umbau der Energieversorgung zu informieren und mitzureden.

Dem Gandersheimer Pro-Erdkabel-Sprecher Peter Gossler muss Schavan nicht auffordern. Der Freileitungsgegner und seine Mitstreiter, „Bildungswutbürger“, so Gossler, engagieren sich schon lange und fühlen sich nicht ernst genommen. Die neue Höchstspannungsleitung, die Windstrom von der Küste durch Südniedersachsen nach Süden leiten soll, wird fast ausschließlich als Freileitung gebaut. Auf Gleichstromübertragung statt

Wechselstrom, wie die Initiative fordert, will Berlin auch nicht setzen. Als die Veranstalter den metergroßen, gelben „Ab-in-die-Erde“-Pfeil nicht als Protestbekundung an der Wand dulden wollen, verlässt Gosslar „unter Protest“ die Bürgerwerkstatt.

Das Energie-Gesetzespaket der Regierung beinhaltet nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens zum Jahr 2022, sondern auch den Ausbau erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2050. Auf dem Weg dorthin müssten noch viele Fragen geklärt werden, so die Ministerin – offenbar auch noch viele grundsätzliche. Große Windkraftanlagen außer Sichtweite vor der Küste sind für viele mittlerweile ein Irrweg, zu teuer, von Großkonzernen gewollt und mit Netzausbau verbunden. „Wir schaffen das dezentral“, ist ein Besucher überzeugt, „wir brauchen keine Netze“.

Peter Ahmels, Energieexperte der Deutschen Umwelthilfe, glaubt das nicht wirklich. Dezentraler ja, aber ohne örtliche und zeitliche Verteilung von Strom werde es nicht gehen. „Verbraucherverhalten wird das grundsätzliche Problem nicht lösen.“ Fotovoltaik bringt im Winter nur 17 Prozent Leistung. Der Experte Rainer Hoffmann, Vorsitzender des Göttinger Klimaschutz-Vereins setzt auf Umweltpädagogik. Beim Tauziehen mit dem „Sonnifanten“ im Groner Naturbad könnten Kinder erleben, was mit Sonnenkraft möglich sei. Die Konsumentenmacht sei groß. Man müsse sich öfter fragen, „brauch ich das Ding?“

„Lieber ein Druckluftspeicher als ein CO₂-Lager“, heißt es auf einer Stellwand, an der Kommentare gesammelt werden. „Falsche Frage, es ist nicht nötig“, so ein Satz zu persönlichen Einschränkungen bei sinnvollem Energiesparen. Tendenziös und suggestiv seien die Thesen nicht, verteidigt Experte Ahmels die Veranstalter. Es sei schlicht und einfach Ahnungslosigkeit. Das Forschungsministerium befasse sich normalerweise nicht mit Energieproduktion.

Energietechnologien für die Zukunft

Der Bürgerdialog Energietechnologien für die Zukunft ist Teil eines umfassenden Dialogprozesses, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung in den kommenden vier Jahren zu verschiedenen Zukunftstechnologien durchführen will. An Bürgerwerkstätten können Bürger direkt teilnehmen – ohne vorherige Bewerbung. Sie finden abends an Werktagen statt. Ihr Ziel: eine offene Plattform zu bieten, um Meinungen auszutauschen und die Energiediskussion vor Ort zu vertiefen. Ergebnisse sollen über einen Bürgergipfel Ende Oktober in einen Bürgerreport einfließen. Informationen, Kommentare und Fotos der Veranstaltungen sind im Internet unter der Adresse buergerdialog-bmbf.de zu finden.